

Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 28 (1921)

Heft: 2

Artikel: Die Erhöhung des schweiz. Zolltarifs

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-627191>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Erhöhung des schweiz. Zolltarifs.

Mit Ausnahme von England und den Vereinigten Staaten von Amerika, deren wirtschaftliche und finanzielle Lage sich nicht mit derjenigen der anderen Staaten vergleichen läßt, haben fast alle Länder heute ihre Zolltarife erhöht, Valuta-Zuschläge verfügt oder auf andere Weise die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse eingeschränkt. Die Schweiz allein hat auf diesem Gebiete lange Zeit hindurch nichts getan und erst kürzlich durch die Einfuhrverbote auf Möbeln und ähnlichen Waren und endlich durch die Tarif-Novelle vom 20. Juni 1920, durch welche eine Anzahl nicht durch Verträge gebundener Positionen erhöht wurden, den eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Nöten einigermaßen Rechnung getragen.

Die abwartende und zögernde Stellung der Schweiz soll nun eine Aenderung erfahren. Der Bundesrat wird voraussichtlich in allernächster Zeit, aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, Einfuhrbeschränkungen beschließen u. die gebieterische Forderung nach neuen Einnahmequellen hat ihn überdies veranlaßt, die Erhöhung des gesamten schweizerischen Zolltarifs in Aussicht zu nehmen. Durch diesen Beschluß wird der bisherige grundsätzliche Boden der Einhaltung der Vertragszollsätze verlassen und der Bundesrat greift damit, wohl nur dem Zwange gehorchend, zu einem Mittel, das insbesondere für die schweizerischen Exportindustrien von erheblicher Tragweite und von Nachteil werden kann! Das Beispiel des Auslandes, das Mißverhältnis zwischen den aus dem Jahre 1906 stammenden Zöllen zum heutigen Wert der Ware, die Berechtigung eines erhöhten Schutzes gegenüber der Einfuhr aus valutaschwachen Ländern und, wie schon erwähnt, die Notwendigkeit, neue Geldmittel zu beschaffen, ohne zu dem schon allzureichlich angewendeten Mittel von direkten Steuern greifen zu müssen, bildet im wesentlichen die Begründung für das Vorgehen des Bundesrates.

Ueber den zu beschreitenden Weg gingen und gehen auch heute noch die Meinungen auseinander. Auf die zum Teil ähnliche Zwecke wie eine Zollerhöhung verfolgende, von Bauernsekretär Dr. Laur vorgeschlagene Umsatzsteuer, welche eine weitgehende Schonung der Interessen der Bauern bedeuten würde, sei hier nicht eingetreten. Wohl aber kann man sich fragen, warum der Bundesrat sich nicht die Vollmacht hat geben lassen, sofort eine Verdoppelung oder Verdreifachung sämtl. Ansätze unter Ausschaltung der Zölle für Lebensmittel und einzelne Rohstoffe, anordnen zu dürfen, im Sinne einer vorläufigen Maßnahme. Dieser Ausweg, der allerdings etwas gewalttätiges an sich hat und naturgemäß zu Ungerechtigkeiten führen müßte, hätte dennoch den großen Vorteil, daß der Bund sehr rasch in den Besitz neuer Mittel gelangen würde, und daß der bei jeder Zollrevision unvermeidliche Kampf zwischen den verschiedenen Interessentengruppen unterbleiben oder wenigstens verschoben würde. Es scheint, daß in den Kreisen der maßgebenden Bundesbehörden dieser Weg auch eingeschlagen werden wollte, daß jedoch insbesondere die Vertretungen der wirtschaftlichen Verbände sich gegen ein solches einseitiges Vorgehen ausgesprochen haben. Die geplante Zollrevision wird sich infolgedessen in der Weise vollziehen, daß — wie dies jeweils früher auch der Fall gewesen ist — unter der Führung der großen Landesverbände von Handel und Industrie, Gewerbe, Bauernschaft usw., die einzelnen Interessentengruppen um ihre Ansichtsäußerung angegangen werden. Damit ist auch gesagt, daß die Revision nicht ohne Kampf abgehen wird und daß das Inkrafttreten der neuen erhöhten Zollsätze kaum auf den von den Behörden in Aussicht genommenen Zeitpunkt (1. Januar 1922) möglich sein wird.

Zunächst haben die Handelskammern, die Branchen-Verbände, die beruflichen Organisationen usw. das Wort und deren Vorschläge und Wünsche werden eine erste

Sichtung durch den Landesverband, für die Textilindustrie durch den Schweizer Handels- und Industrieverein, erfahren. Alsdann gehen die zum Teil bereinigten Anträge an des Schweizerische Volkswirtschaftsdepartement. Ob der Ausgleich der sich widerstrebenden Interessen unter den verschiedenen Industrien und Verbänden schon durch den Vorort des Schweizer Handels- und Industrievereins, oder erst durch die Bundesbehörden versucht werden soll, steht anscheinend noch nicht fest. Soviel ist jedoch sicher, daß, wie die Verhältnisse liegen und angesichts des mehr oder weniger provisorischen Charakters der ganzen Zollrevision, auf Verhandlungen nicht allzuviel Zeit verwendet werden soll. Die Arbeit soll vielmehr dèrart gefördert werden, daß der Bundesrat schon im Frühjahr zu der Revision Stellung nehmen kann, um den Zollkommissionen und den Räten die Erledigung der Angelegenheit noch im Laufe des Jahres 1921 zu ermöglichen.

Die schweiz. Textilindustrie, als eine der vielseitigsten, gegliedertsten und in ihren Interessen mannigfaltig auseinandergehenden Industrien der Schweiz, wird durch die im Sturmschritt vorzunehmende Revision, bezw. Erhöhung des schweizerischen Zolltarifs, vor eine äußerst schwierige Aufgabe gestellt. Zunächst ist zu sagen, daß die eigentlichen Exportindustrien (Stickerei-, Seiden- und Teile der Baumwoll- und Wirkereiindustrie) in der geplanten Revision des schweizerischen Zolltarifs ernstliche Gefahren erblicken müssen: die Erhöhung sämtlicher Zölle wird die sehnlich erwartete Verbilligung der Lebenshaltung zum Teil verunmöglichen und damit auch die für die Ausfuhrmöglichkeit notwendige Herabsetzung der Arbeitslöhne in Frage stellen; die Hinaufsetzung der vertraglich gebundenen Zölle endlich wird — mögen noch so viel schlechte Beispiele vorliegen — die Stellung der schweizerischen Behörden dem Auslande gegenüber schwächen und eine sehr unerwünschte, nachträgliche Rechtfertigung für das gleichartige Vorgehen der anderen Staaten liefern.

Diesen mehr äußerlichen Schwierigkeiten gegenüber gesellen sich diejenigen interner Art hinzu. In dieser Beziehung wird allein schon die Frage der Zollerhöhung auf Textilerzeugnissen (Gespinnste und verschiedene Webwaren), die von einem Teil der Textilindustrie als Rohstoff angesprochen werden, zu unliebsamen Auseinandersetzungen führen. So fordern, um insbesondere die Seidenindustrie aufzuführen, die schweizerischen Tramenzwirner, anstelle des bisherigen belanglosen Ansatzes, einen hohen Schutz Zoll, den die Seidenstoff- u. Bandweberei und der Seidenhandel ablehnen. Auch die Kunstseide, wenigstens in rohem Zustande, darf, vom Standpunkte der Seidenweberei und der Wirkereiindustrie aus, nicht mit einem nennenswerten Zoll belastet werden, trotzdem der Artikel in der Schweiz hergestellt wird. Gegen die Festlegung allzu hoher Zölle auf Seidengeweben und Bändern sprechen die Interessen des bedeutenden schweizerischen Seidenwaren-Großhandels und der Konfektion, und die geforderten hohen Zölle für Nähseiden werden gleichfalls den Widerspruch der Konf.-Industrie hervorrufen. Die Stickereiindustrie wird darauf bestehen, daß ihre Rohgewebe und die Spezialgarne nicht mit hohen Zöllen belastet werden und sie wird in bezug auf die letztgenannten Erzeugnisse die Unterstützung der Seidenweberei und -Wirkerei finden. Die Baumwollindustrie hatte es bisher verstanden, die Interessen der Spinner, Zwirner und Weber in bezug auf die Zölle ziemlich auszugleichen, wobei der Umstand, daß die Baumwollweberei den Großteil ihrer Erzeugnisse in der Schweiz absetzen kann, und ein Schutz Zoll infolgedessen die Verteuerung ihres Rohmaterials zum Teil ausgleicht, diese Abmachungen wesentlich erleichterte. Es ist anzunehmen, daß wieder Verhandlungen in diesem Sinne geführt worden sind. Die Wirkerei arbeitet gleichfalls in der Hauptsache für den inländischen Markt und findet ebenso durch hohe schweizerische Eingangszölle einen ge-

wissen Entgelt für die Belastung ihres Rohmaterials; doch wird auch sie für ihre Rohstoffe auf möglichst niedrige Zölle dringen müssen, um die in den letzten Jahren stark gesteigerte Ausfuhr aufrecht erhalten zu können. Die Textil-Hilfsindustrien endlich (Färbereien, Druckereien, Ausrüstungsanstalten usw.) verlangen gleichfalls erhöhten Zollschutz, während die Hauptindustrien auf der uneingeschränkten Aufrechterhaltung des Veredlungsverkehrs bestehen.

Zu diesen Interessen-Gegensätzen innerhalb der Textilindustrie, deren Ausgleich allein schon viel Mühe verursacht, und weitgehendes gegenseitiges Entgegenkommen notwendig machen wird, kommen noch die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Zollerhöhung für andere Artikel, die gleichfalls für die Textilindustrie eine Rolle spielen, wie Maschinen, Baumaterialien, Papiere, Chemikalien usw. So bedeutet die Durchführung der Zollerhöhung, die sich zu allem noch in den Zeiten eines dringenden Rufes nach Preisabbau abspielt, ein schweres Stück Arbeit für alle Beteiligten und nicht zuletzt für die Bundesbehörden, die mit ihrem Plane eine große Verantwortlichkeit auf sich laden.



Die Krise.

(Schluß.)

Dieser Käuferstreik schlug dem Faß den Boden aus. Er trug wesentlich zu der Situation bei, in der wir uns heute befinden. Diese Situation, wie sie sich uns heute darbietet, läßt sich nicht so leicht beschreiben. Wie wir bereits gesehen haben, sind es verschiedene Faktoren, die zu ihrer Bildung beigetragen haben, und es fällt schwer, sie auseinanderzuhalten oder in eine Rangordnung einzuteilen, da sie wie Ursache und Wirkung untereinander zusammenhängen.

Beginnen wir mit der zuletzt eingetretenen Erscheinung des Käuferstreiks, die zu den verhängnisvollsten zählt. Dieser Käuferstreik hat seine Ursache wohl nicht allein in den hohen Warenpreisen, sondern ebenso sehr in der Verschlechterung der Kaufkraft des Publikums. Während des Krieges fanden viele Leute, sowohl in den kriegführenden wie in den neutralen Staaten, ein reichliches Auskommen in den Kriegsindustrien und was damit zusammenhängt. Es wurde überall viel Geld verdient und entsprechend ausgegeben. Diese Einnahmequellen haben aufgehört, der Handel liegt darnieder, die Arbeitslosigkeit nimmt zu, in der Privatindustrie werden niedrigere Löhne bezahlt, wie in der Kriegsindustrie, andererseits ist die Lebenshaltung in den letzten zwei Jahren immer noch teurer geworden. Die Mietzinse sind gestiegen, die Steuern ums Mehrfache größer geworden. Die höchste Indexziffer wurde erst vor kurzem erreicht.

Für die Industrie sind die Folgen des Käuferstreiks verheerende. Ihre Wirkung nach rückwärts machte sich bald bemerkbar. Die Großhändler, die für ihre massenhaft bestellten, teuren Waren keinen Absatz finden, suchen nach allen möglichen Auswegen, um den Schaden von sich fernzuhalten. Nicht pünktlich gelieferte Waren werden ohne weiteres annulliert. Das wäre noch verständlich. Aber leider blieb es nicht dabei. Es werden heute Aufträge annulliert, ohne daß man sich nur die Mühe nimmt, einen Grund dafür anzugeben. Zu recht bestehende Kaufverträge werden einfach mißachtet. Da es sich um ausländische Kunden handelt, ist der Lieferant so gut wie macht- und rechtlos. Wollte er sich auf Prozesse einlassen, so müßte er sich auf jahrelange Trölerieen gefaßt machen, mit der Aussicht, zu verlieren und hohe Unkosten bezahlen zu müssen. So sollen z. B. von Kanada bereits Hunderte von Kisten mit Millionenwerten auf der Rückreise sein. Wenn auch der Lieferant oft noch Aussicht hätte, seinen Kunden zu bewegen, die Ware zu übernehmen, so

tut er es doch nicht, aus dem einfachen Grunde, weil er heute an der Solvabilität des Kunden zweifeln muß und schließlich lieber die Ware behält, als sich der Gefahr auszusetzen, nicht bezahlt zu werden.

Unter solchen Umständen liegt es auf der Hand, daß sich bei den Fabrikanten große Warenvorräte ansammeln. Es gibt Fabrikanten, die enorme Lager haben, ohne bis jetzt nur ein Stück für Lager gearbeitet zu haben. Dazu kommt nun die eigentliche Lagerware, die in Ermangelung von Aufträgen angefertigt wurde, um die Arbeiter weiter beschäftigen zu können und die heute bereits wieder Millionenwerte darstellt. Bei den Groß- und Kleinhändlern sind natürlich ebenfalls bedeutende Lager vorhanden, aus denjenigen Waren bestehend, die noch vor Eintreten des Käuferstreiks bestellt und abgenommen wurden, ohne den Weg in den Konsum zu finden. Daß solche Warenlager eine große Sorge und Gefahr für die Eigner sind, läßt sich begreifen. Sie sind in solcher Menge vorhanden, daß man glaubt, sie werden für den Bedarf des ganzen laufenden Jahres genügen. Auf ihrem ursprünglichen Wert können infolge der inzwischen eingetretenen Abschlüsse ruhig 30—40% abgeschrieben werden. Dasselbe ist mit den Rohseidenvorräten und den kontraktierten Lieferungen der Fall, wo der Verlust nicht selten 50% und mehr ausmacht. Dazu kommt noch für die fertigen, hoch bewerteten Waren die Gefahr, daß sie morsch werden, oder aus der Mode kommen können, wenn sie zulange liegen bleiben.

Wo soll unter solchen Verhältnissen der Fabrikant den Mut hernehmen, seine Fabrik weiter arbeiten zu lassen? Dies ist schon deshalb schwierig, weil man heute gar nicht weiß, welches die Mode der nächsten Saison sein wird. Und wenn man dieses Risiko noch gering einschätzen wollte, so fehlen heute die Betriebsmittel, die entweder in den großen Lagern investiert sind, oder als Außenstände in den Büchern figurieren. Denn, wenn eine Lieferung noch glücklich und anstandslos abgenommen wurde, so kommt schon wieder ein neues Unglück in der Form eines Gesuches der Kunden um Valutierung, d. h. um Verlängerung der Zahlungsfrist, sehr oft um viele Monate. Abgesehen davon, daß die Kunden schlechte Eingänge haben, weil sie jetzt wenig verkaufen, liegt der Grund hierfür sehr oft darin, daß die Valuta des Landes des Käufers bedeutend unter unserer Schweizer Valuta steht und es ihm oft direkt unmöglich macht, auf die Fälligkeit der Forderung hin, sich die teuren Schweizerfranken zu verschaffen.

Diese Valutafrage, die heute in aller Munde ist, hat noch andere Schattenseiten, die besonders für uns Schweizer da zu sein scheinen. Die durch sie hervorgerufenen Schwierigkeiten sind so drückend, daß man oft versucht ist, die ganze Verantwortung für die jetzige Situation der Valuta in die Schuhe zu schieben. Während die meisten der am Krieg beteiligt gewesen Staaten unter einer Entwertung ihrer Valuta seufzen, drückt auf uns nicht weniger hart der hohe Stand unseres Schweizerfrankens. Sind jene Länder durch die Entwertung ihres Geldes nicht in stande zu kaufen, so können wir anderseits nicht verkaufen, weil wir zu teuer sind. Zwar sind die Rohmaterialien als Welthandelsartikel ziemlich in allen Ländern gleich im Preise. Aber die Unterschiede in den Arbeitslöhnen sind enorm. Man bedenke, daß heute der Textilarbeiter in Deutschland etwa 3—3½ Franken, in Italien etwa 5—7 Franken, in Frankreich etwa 6—8 Franken, in unserem Gelde ausgedrückt, verdient und vergleiche damit unsere Löhne, die mit durchschnittlich 10—12 Fr. nicht zu hoch taxiert sein werden, so wird man verstehen, daß unsere Konkurrenz mit den größten ausländischen Plätzen auf eine harte Probe gestellt wird.

Es ist sehr die Frage, ob wir diese Probe bestehen werden. Vorläufig werden wir vom Auslande in den Preisen